

Über den Mindestlohn

Über sechs Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne. Viel zu viele. Den meisten von uns ergeht es besser. Noch! Von ihrem Lohn oder Gehalt können viele ganz gut leben. Obwohl es selbst mit einem Stundenlohn von 15 Euro brutto – das ist der Durchschnitt – häufig knapp wird. Bedrückend ist, dass immer mehr Beschäftigte Zukunftsängste haben: Drohen Lohnkürzungen? Ist mein Job sicher? Werden meine Kinder einen Arbeitsplatz finden, von dem sie leben können?

Wer heute gut verdient, morgen aber seinen Job verliert, dem droht nach einem Jahr Arbeitslosenunterstützung der Absturz in die Armut. Einen neuen Job zu finden ist schwierig. Und die Arbeitsagentur macht Druck: Jeder Job, auch wenn er 30 Prozent unter Tarif liegt, ist zumutbar. Das Risiko für jeden von uns wächst, zu Armutslöhnen arbeiten zu müssen.

Auch mit gesichertem Job: Durch den Niedriglohnbereich wächst die Bedrohung für jede und

jeden. Alle Löhne und Gehälter geraten unter Druck. Die heute noch gute Bezahlung ist morgen gefährdet. Über Leiharbeitsfirmen oder Outsourcing an Billigunternehmen drücken Unternehmer Personalkosten. In diesen Billigbetrieben gibt es häufig keine oder nur schlechte Tarifverträge. Das bekommen zunehmend auch die zu spüren, die heute noch ganz gut verdienen.

Dieser Entwicklung müssen wir Einhalt gebieten. Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn! Dafür machen sich die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) stark.

Mindestens 7,50 Euro sollen spätestens ab 1. Januar 2008 verbindlich bezahlt werden. Dieser Mindestlohn soll dann schrittweise auf neun Euro steigen. Ähnlich wie beim gesetzlichen Mindesturlaub von 24 Werktagen, auf die alle Beschäftigten Anspruch haben, gäbe es dann einen Anspruch auf einen Mindestlohn für alle.

Das Risiko, auf einen Armutslohn abzurutschen, wächst für jeden.

**ver.di - Institut für Bildung,
Medien und Kunst**

Teutoburger-Wald-Str. 105 • 32791 Lage-Hörste
Telefon 0 52 32 / 983-0 • Fax 0 52 32 / 983-441
info.imk@verdi.de • www.imk.verdi.de

*Wir laden Sie
herzlich ein*

Hörster Gespräche

INSTITUT FÜR BILDUNG, MEDIEN UND KUNST

*Mindestsicherung
– wie?
Pro & Contra
Bedingungsloses
Grundeinkommen*

Gespräch und Diskussion

*10. Oktober 2006
um 19.00 Uhr*



Institut Vereinte
für Bildung, Medien Dienstleistungs-
und Kunst gewerkschaft

Wir laden ein...

zu einem Streitgespräch zwischen einem Kritiker Daniel Kreuz und einem Befürworter Ronald Blaschke des Konzeptes für ein Grundeinkommen.

Bedingungsloses Grundeinkommen

oder

Bedarfsgerechte soziale Grundsicherung

Teilnehmer auf dem Podium:

Daniel Kreuz

ehem. MdL Bündnis 90 / die Grünen NRW
Referent für Sozialpolitik
bei einem großen Sozialverband

Ronald Blaschke

Begründer und Sprecher
des deutschen
Netzwerkes Grundeinkommen

Moderation:

Ulrike Zerhau

ver.di-Bildungssekretärin
im IMK Lage-Hörste

Über das Grundeinkommen

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) soll ein steuerfinanziertes Einkommen für alle sein, in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe und ohne Bedürftigkeitsprüfung sowie ohne Arbeits-/Tätigkeitsverpflichtung. Wer es erhält, soll darüber hinaus weitere Einkommen haben dürfen.

Das Grundeinkommen unterscheidet sich damit von einer sozialen Grundsicherung, die nur gezahlt wird, wenn kein anderes ausreichendes Einkommen vorhanden ist und die mit einer Bedürftigkeitsprüfung und in der Regel mit Arbeitsverpflichtung bzw. dem Nachweis der Arbeitsbereitschaft verbunden ist.

- Ist Arbeit für alle noch eine zeitgemäße Forderung?
- Ist BGE ein schlüssiges Konzept zur Sicherung der Menschenwürde in einer unsicheren Gesellschaft oder utopische Träumerei?



- Hätte das BGE Auswirkungen auf die Durchsetzbarkeit von Mindestlöhnen?
- Würden höhere Tariflöhne und Arbeitszeitverkürzung für alle unmöglich gemacht oder zumindest in größere Ferne gerückt?
- Können mit dem BGE die die Folgen und das Ausmaß der Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden.
- Wie wirkt BGE auf die sozialen Sicherungssysteme?

In Deutschland nimmt seit der endgültigen Verabschiedung der sogenannten Hartz IV-Gesetze Mitte 2004 das Interesse am Grundeinkommensvorschlag als grundlegender Alternative zur Politik des Druckausübens auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger stark zu. In der Mitte dieses Jahres wurde auch das deutsche Netzwerk Grundeinkommen gegründet, welches auf dem 10. Kongreß des Basic Income Earth Network (BIEN) im September 2004 als deutsches Grundeinkommensnetzwerk offiziell anerkannt wurde.